

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 4 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 30.3.2011

Japan	S. 3	Ladenschluss	S. 6	Finanzen	S. 7-11, 13, 15	Bürgermeister	S. 18
Elf Tage nach den Katastrophen rund um das Kraftwerk Fukushima hat der Landtag in einer Sondersitzung der Opfer gedacht und über Konsequenzen für die Atompolitik in Deutschland diskutiert.		Vier Jahre nach Start des Ladenöffnungsgesetzes fordern die Linken einen früheren Kassenschluss zurück. Bis zum Sommer will die Regierung einen Evaluationsbericht zur 6x24-Stundenregel vorlegen.		Drei Monate nach Verabschiedung des Nachtragsetats 2010 hält die Haushaltsdebatte den Landtag weiter in Atem: Neben den Finanzen für dieses Jahr geht es auch um das Urteil des Verfassungsgerichtshofs.		Vier Jahre nach Abschaffung der Stichwahl haben Fachleute in einer Anhörung nun über deren Wiedereinführung beraten. Weiteres Thema: Wie kann man Bürgermeister oder Landräte wieder abwählen?	

Haushalt ohne Ende

Nachtrag, Urteil und Etat 2011

an 2011 · Band II · Einzelplan 02

tsplan 2011 · Band III · Einzelplan 03

altsplan 2011 · Band IV · Einzelplan 04

naltspan 2011 · Band V · Einzelplan 05

shaltspan 2011 · Band VI · Einzelplan 06

ushaltspan 2011 · Band VII · Einzelplan 07

aushaltspan 2011 · Band VIII · Einzelplan 10

aushaltspan 2011 · Band IX · Einzelplan 11

Haushaltspan 2011 · Band X · Einzelplan 12

Haushaltspan 2011 · Band XII · Einzelplan 14

Haushaltspan 2011 · Band XIII · Einzelplan 15

Foto:
Schälte

Ein Königsrecht, kein Königsweg

Die Haushaltspolitik des Landes bewegt seit Monaten die Gemüter. Nun ist es nichts Neues, dass über den Haushalt intensiv beraten und auch heftig gestritten wird. Geht es doch um die politische Ausrichtung eines Landes, um die politischen Schwerpunkte, die im Haushaltsbuch in Euro und Cent ablesbar sind. Deshalb sind die Debatten im Parlament grundsätzlicher Natur. Denn die Hoheit über die Finanzen ist das „Königsrecht“ eines jeden Parlaments.

Nachhaltigkeit. In der Auslegung dieses Wortes liegen auch unterschiedliche Auffassungen zur aktuellen Haushaltspolitik. Während die rot-grüne Regierung darunter vor allem Investitionen in Soziales und Bildung versteht und mit einer „vorsorgenden“ Politik spätere Kosten vermeiden will, ist für die Oppositionsfractionen von CDU und FDP der Abbau der Schuldenlast für kommende Generationen entscheidend.

Neu ist, dass in die Auseinandersetzung mittlerweile nicht nur Landtag und Landesregierung, sondern auch der Verfassungsgerichtshof verwickelt sind. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten wegen der dort vorgesehenen Höhe der Neuverschuldung gegen den Nachtragshaushalt 2010 geklagt. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 nichtig, das der Landtag NRW im Dezember verabschiedet hatte.

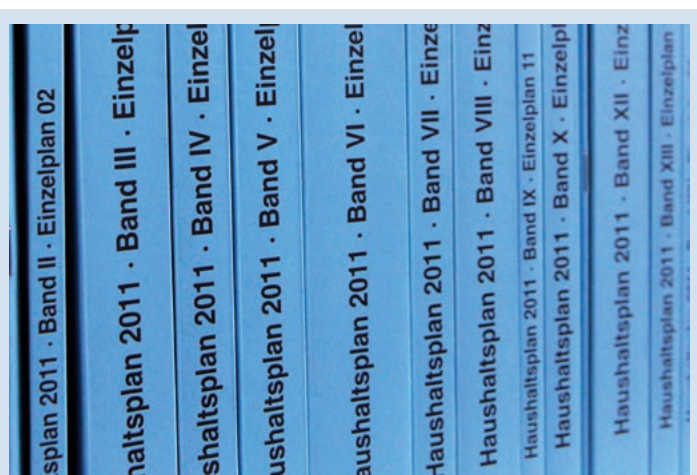
Nach Artikel 83 der Landesverfassung darf die Neuverschuldung die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Von dieser Bestimmung

darf nur abgewichen werden, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abwehren oder bestimmte Sondersituationen bewältigen zu können. Die Begründung der Landesregierung für eine solche Situation, die die Aufnahme weiterer Schulden im Nachtragshaushalt gerechtfertigt hätte, reichte den Richtern nicht.

OFFENE FRAGEN

Mit Blick auf den Haushalt 2011 liegt der Ball wieder im Feld des Haushaltsgesetzgebers: dem Landtag. In einer Anhörung betonen dort Fachleute bei aller Mahnung zum Sparen auch die Bedeutung von Investitionen etwa in Bildung als Zukunftschance. Denn diese ist nicht nur persönliche Qualifikation, sondern auch wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor im internationalen Wettbewerb und daher fraktionsübergreifend von hoher Bedeutung. Ähnliches gilt für das Bewahren der Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden, die schon heute einen milliardenschweren Fehlbetrag beklagen.

Die nächsten Wochen werden also spannend. Wie das Gerichtsurteil zur jeweiligen Auffassung von Nachhaltigkeit passt, welche Einsparungen in diesem Jahr möglich und welche Ausgaben für Wachstum und Zukunftschancen aus Sicht der einzelnen Fraktionen unumgänglich sind: Die weiteren Beratungen werden zeigen, wie das Kapitel „Haushalt“ zu Ende geht. CW



Schwerpunkt: Haushalt

„Butter bei die Fische“	7-9
Schlag auf Schlag	10-11
Sparfüchse gesucht	13
„Keine reichen Tanten mehr“	15

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Katastrophe: Fukushima und die Folgen	3
Bildung: Hauptsache Schule	4
Wohnen: Teurer Traum vom Eigenheim?	5
Wirtschaft: 6 x 24 Stunden	6

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	14
Kommunales: „Schluss mit dem Hickhack!“	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Portrait: Norbert Römer (SPD)	19
Impressum	19
Termine	20

Fukushima und die Folgen

Landtag gedenkt der Opfer der Katastrophen in Japan

22. März 2011 – In einer außerordentlichen Plenarsitzung hat sich der nordrhein-westfälische Landtag mit den Auswirkungen der Katastrophen in Japan befasst. Dabei ging es – nach einer Schweigeminute für die Opfer – vor allem um die Auswirkungen des Reaktorunfalls in Fukushima auf NRW, aber auch generell um die Zukunft der Atomenergie. Hierbei machten die einzelnen Fraktionen ihre unterschiedlichen Ansichten zum Tempo des Ausstiegs aus dieser Brückentechnik deutlich.

Die Konsequenzen, die sich aus der Katastrophe in Japan auch für NRW ergeben, standen im Mittelpunkt der Erklärung von **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**. Der Vorfall in Fukushima sei Anlass zu prüfen, ob das Land für einen extremen Schadensfall gerüstet sei. Dazu gehörten auch die atomtechnischen Anlagen in Ahaus, Jülich und Gronau. Da Auswirkungen von Reaktorunfällen nicht an den Ländergrenzen Halt machten, sei es zudem notwendig, auf europäischer Ebene über einen endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie zu diskutieren. Die ökonomischen Folgen der Katastrophe auf den weltweiten Handel lassen sich laut Kraft heute noch nicht genau definieren.

Armin Laschet (CDU) kritisierte die inhaltliche Ausrichtungen der Debatten über die Katastrophen in Japan: „Jetzt fast ausschließlich darüber zu diskutieren, was wir schon immer besser gewusst haben, ist der falsche Schwerpunkt“, so der CDU-Sprecher. Das Wichtigste sei zunächst die Solidarität mit den Opfern zweier zusammenkommender Naturgewalten. Es sei nun angemessen, Mitgefühl zu zeigen, anstatt alte Debatten über Atomenergie aufzuwärmen, wandte sich Laschet gegen einen parteipolitischen Missbrauch der Katastrophen. In einer sachlichen Diskussion sei abzuwägen zwischen Klimaschutzzielen und bezahlbaren Energien für jede Verbraucherin und jeden Verbraucher.

Nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Norbert Römer** bedeuten die Ereignisse in Japan eine energiepolitische Zäsur. Auch in Deutschland seien Störfälle und Sicherheitslücken möglich, die Fragen der aktuellen Diskussion seit Jahren bekannt. Römer kritisierte insbesondere den politischen Kurs der CDU: Deren jetzige Position zum Atomausstieg sei unglaubwürdig, so der Abgeordnete. Wie zuvor die Ministerpräsidentin betonte auch er, erneuerbare Energien stellten die Brücke in ein neues Energiezeitalter dar. In diesem Bereich müssten nun gezielt und konsequent Investitio-

nen getätigt werden. „Die Atomenergie ist ein für alle Mal eine Energie von gestern“, so Römer.

„Es ist seit dem 11. März nichts mehr, wie es war“, stellte **Reiner Priggen** (Grüne) fest. Fukushima sei mehr als eine Naturkatastrophe – es sei eine technische Katastrophe, so der Grünen-Politiker. Auch seiner Ansicht nach stellen die Ereignisse in Japan eine Zäsur dar: Stromausfall und Störfälle könnten zu vielen Zeitpunkten an vielen Orten geschehen. Dementsprechend sei ein zügiger Ausstieg aus der Atomenergie notwendig. Priggen betonte, die Produktion erneuerbarer Energien stelle ein wesentlich geringeres Risiko dar. Zudem kritisierte er den eingeschlagenen Weg der CDU. Die Zweifel in der Bevölkerung an der Glaubwürdigkeit der Partei seien durchaus begründet.

Dr. Gerhard Papke (FDP) betonte die Notwendigkeit einer Diskussion mit einer gebührenden Ernsthaftigkeit. In zwei Punkten schließe er sich der Ministerpräsidentin an, so der FDP-Sprecher: Zum einen sei es erforderlich, jetzt einmal innezuhalten und die Sicherheit der bestehenden Atomkraftwerke auf den Prüfstand zu stellen. Des Weiteren sei auch der Ausstieg aus der Atomenergie dringend notwendig. Es gebe allerdings Unterschiede in der Bewertung, wie schnell man dies realisieren könne. Papke hob auch hervor, dass ein isolierter Ausstieg Deutschlands nicht den gewünschten Erfolg brächte, da die anderen europäischen Länder einem solchen Sonderweg kaum folgen würden.

Eine sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke forderte **Bärbel Beuermann** (Linke): „Fukushima zeigt, dass die Risiken der Atomkraft mitnichten, wie die Betreiber immer wieder betonen, beherrschbar sind.“ Nach Ansicht ihrer Fraktion müssten nun Lehren aus den Störfällen gezogen werden, daher hätte sie einen entsprechenden Entschließungsantrag vorgelegt. Man könne aus der Atomkraft aussteigen und auf neue Kohlekraftwerke verzichten, ohne dass der Strom knapp werde. Für NRW bedeute dies die Stilllegung der hiesigen Atomanlagen. Des Weiteren forderte die Abgeordnete einen Stopp der Atomtransporte sowie ein sofortiges Verbot von Uranexporten. **Marie Schwinning**



Die tiefempfundene Anteilnahme mit der japanischen Bevölkerung hat Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg gegenüber dem japanischen Generalkonsul Kiyosui Koinuma zum Ausdruck gebracht. Es sei den Abgeordneten des NRW-Parlaments, aber auch der gesamten nordrhein-westfälischen Bevölkerung ein tiefes Anliegen, angesichts der furchtbaren Katastrophen in Japan ihr Mitgefühl und ihr Mitleiden gegenüber dem Vertreter Japans zu äußern, betonte Uhlenberg. Der Generalkonsul nahm zudem an der Sondersitzung des Landtags am 22. März 2011 teil.

Foto: Schälte

Hauptsache Schule

Die Hauptschule hat ein Imageproblem. Was ist zu tun?

24. Februar 2011 – Eltern melden ihre Kinder immer seltener zur Hauptschule an. Während die Vorgängerregierung deswegen eine Hauptschuloffensive gestartet hatte, will die jetzige rot-grüne Koalition laut Antrag auf eine Aktuelle Stunde „die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen“ und darüber sprechen, ob die Verfassung geändert werden müsse. Diese beschreibt die Hauptschule eben als hauptsächliche Schule. Rot-Grün vertritt das Konzept einer Gemeinschaftsschule für alle Kinder, in der auch der Weg zum Abitur möglich sein soll. Die Linksfraktion trägt dies mit, CDU und FDP verlangen bisher Bestandsschutz für das Gymnasium.

„Den Hauptschulen gehen die Schüler aus“, gab Renate Hendricks (SPD) zu bedenken. Seit zehn Jahren beobachte sie eine Entwicklung, in der sich die Hauptschülerschaft fast halbiert habe. Eine Wiederbelebung der Schulform hielt die Abgeordnete wegen mangelnder Akzeptanz für nicht mehr möglich. Die neuen Gemeinschaftsschulen würden hingegen von den Eltern angenommen. Die Verfassungsrealität stimme mit der gesellschaftlichen Realität nicht mehr überein, stellte Hendricks fest. Daher sei es dringend erforderlich, im Konsens ein zukunftsfähiges Schulsystem zu ermöglichen und über eine Änderung der Landesverfassung nachzudenken.

Fotos: Schälte



Renate Hendricks (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

Sigrid Beer (Grüne) begründete die Aktuelle Stunde. Der Landtag müsse sich „mit Daten befassen, die uns die Schulrealität auf den Tisch des Parlaments legt“. Der demographische Wandel mache den Hauptschulen besonders zu schaffen, während Gymnasien den Schülerrückgang nur moderat zu spüren bekämen, gab Beer Erkenntnisse eines Bildungsforschers wieder. Fast drei Viertel der Hauptschulen arbeiteten bereits unter Ausnahmebedingungen. Beer lobte den CDU-Fraktionschef, der gesagt habe, er könne sich Gemeinschaftsschulen durchaus vorstellen. „Vielleicht ist das ja der Weg, den wir gemeinsam gehen.“

„Was soll eigentlich der triumphierende Ton?“, fragte Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU). Er kritisierte eine „arrogante Überheblichkeit“ von SPD und Grünen, erkannte aber einen erheblichen Drang weg von der Hauptschule an. Die Akzeptanz der Schulform sei allerdings im Land höchst unterschiedlich, erklärte er: Nur wo es Gesamtschulen gebe, meldeten Eltern ihre Kinder lieber dort als an der Hauptschule an. Trotzdem: 54 Prozent der Ausbildungsverträge im Handwerk würden mit Hauptschülerinnen und -schülern geschlossen, betonte er. Es gelte, diese Zielgruppe fit zu machen und sie zu fördern, egal wie das Dach heiße, unter dem es geschehe.

SPD und Grüne wollten nur von Klagen rund um die Einrichtung der „Versuchsgemeinschaftsschulen“ ablenken, vermutete Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) den Grund der Debatte. „Wir brauchen in NRW ein vielfältiges und differenziertes Schulangebot“, forderte sie. Da die FDP sich der Realität aber stelle, plädiere ihre Partei für eine Regionale Mittelschule neben dem Gymnasium. Sie verteidigte die Hauptschuloffensive der ehemaligen Landesregierung, mit der es gelungen sei, mehr Ganztage und mehr Berufsorientierung zu ermöglichen. Gemeinschaftsschulen hingegen, schätzte die Abgeordnete, „werden vielfach umetikettierte Hauptschulen sein“.

Die genannte Zahl zu Ausbildungsverträgen im Handwerk stellte Gunhild Böth (Linke) nicht in Frage. Aber diese Zahl tröste die 88 Prozent der Jugendlichen, die nach ihrem Hauptschulabschluss keinen Ausbildungsplatz bekämen, überhaupt nicht, berichtete die Linke aus ihrer Heimatstadt Wup-



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)



Gunhild Böth (Linke)



Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne)

portal. Dort juble man nun, dass die Zahl derer mit Lehrstelle von 12 auf 20 Prozent gestiegen sei. „Ich kann darüber nicht jubeln, dass wir 80 Prozent in die Arbeitslosigkeit entlassen“, sagte Böth. Sie verstand die Eltern, die ihre Kinder nicht an der Hauptschule anmeldeten. Schließlich wollten diese ihren Kindern nicht die Zukunft verbauen.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) betonte die Notwendigkeit einer sachlichen Debatte. Die demographische Entwicklung zwingt zum Handeln. Dabei spiele auch die Frage der derzeitigen Hauptschulgarantie in der Landesverfassung eine Rolle. Die Bildungskonferenz berate darüber, und sie selbst wolle dem nicht vorgehen. Notwendig sei ein Schulangebot, das Vielfalt anerkenne und gewährleiste. Auch sollten Jugendliche wohnortnah einen Hauptschulabschluss erwerben können. Dies müsse aber nicht unbedingt in einer eigenen Schulform geschehen. SOW

Studiengebühren

Nach einer weiteren kontroversen Debatte nahm der Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP am 24. Februar 2011 das „Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 15/97) an. Damit wurden die Studiengebühren abgeschafft.

Bescheid über Grunderwerbsteuer

Teurer Traum vom Eigenheim?

CDU und FDP warnen vor Erhöhung der Grunderwerbsteuer

25. Februar 2011 – Die beiden Oppositionsfraktionen von CDU und FDP warnen die rot-grüne Koalition vor einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent. Dies würde junge Familien, die ein Eigenheim erwerben wollten, belasten und sie somit sozial benachteiligen, kritisieren die beiden Fraktionen. Zum Anlass ihrer Warnung nehmen sie Medienberichte, nach denen die Landesregierung einen solchen Schritt prüfe. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag sich mit der Frage beschäftigt. SPD und Grüne erinnern an die notwendige Konsolidierung, die Linken unterstützen Steuererhöhungen.

Als „Stück aus dem Tollhaus“ kritisierte **Christian Weisbrich** (CDU), dass die Landesregierung die Grunderwerbsteuer um mehr als 40 Prozent erhöhen wolle. Dies werde zu einer schweren Belastung für junge Familien führen. Für diese rücke der Traum vom eigenen Heim in weite Ferne. Mit der „Schnapsidee“ der Steuererhöhung schwäche die Landesregierung zudem die Bauwirtschaft und gefährde Arbeitsplätze. Das sei das Gegenteil von Prävention, die sich die Koalition schließlich auf die Fahne schreibe. Die Aussage, man wolle eine solche Steuererhöhung wohlwollend prüfen, verstand der CDU-Sprecher als Drohung: „Ihre Geldgier ist unersättlich.“

Mit den Plänen festige die „Steuererhöhungs-koalition“ ihren Ruf, meinte **Angela Freimuth** (FDP) und zählte einige Vorhaben zur Steuererhöhung durch die Landesregierung auf. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei darunter „ohne jeden Zweifel das größte Attentat auf das Geld der Bürgerinnen und Bürger“. Sie gefährde außerdem den gerade beginnenden Aufschwung. Nicht nur wünschten sich 96 Prozent aller Mieterinnen und Mieter Wohneigentum und bekämen nun Steine in den Weg gelegt. Auch sei es wichtig, das Eigenheim als Säule der Altersvorsorge zu begreifen und entsprechend zu fördern, damit die Sozialkassen geschont würden, sagte Freimuth.

Bisher liege kein Gesetzentwurf der Landesregierung auf dem Tisch, stellte **Uli Hahnen** (SPD) klar, auch nicht seitens der Koalitionsfraktionen, nicht einmal ein Antrag. Auf die Kritik, die Koalition belaste junge Familien, antwortete der SPD-Abgeordnete mit dem Verweis auf die Abschaffung der Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen, die die Landesregierung wie versprochen umgesetzt habe. Auch beitragsfreie Kindergartenjahre stärkten junge Familien. Hahnen erinnerte außerdem daran, dass die CDU in anderen Bundesländern einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 Prozent zugestimmt hätte. „Sie bauen einen Popanz auf“, war sein Fazit.

Wenn die Landesregierung mehr Geld in die Bildung und in Kinder investiere und dafür Kredite aufnehmen müsse, dann müsse sie auch prüfen, wo auf der anderen Seite mehr Einnahmen erzielt werden könnten, argumentierte **Reiner Priggen** (Grüne). Auch er hielt der CDU vor, dass deren Fraktionen in sieben von acht anderen Bundesländern der Steuererhöhung zugestimmt hätten. Insofern betrachtete er die Position der hiesigen CDU-Fraktion als „ein Stück weit Heuchelei“. „Bleiben Sie ganz gelassen“, empfahl Priggen den Antragstellern und kündigte ein geordnetes Gesetzgebungsverfahren mit allen Beteiligungsmöglichkeiten für die Opposition an.

Für die Linksfraktion unterstützte **Rüdiger Sagel** eine mögliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Davon müssten auch die Kommunen in entsprechender Höhe profitieren, forderte er. „Wir als Linke werden nicht dafür bereitstehen, das Land kaputtzusparen“, sprach er sich dafür aus, stattdessen die Einnahmeseite zu verbessern. CDU und FDP hätten dazu keinerlei Vorschläge und führten eine reine „Abwehrschlacht“, so Sagel. Auch wenn hauptsächlich der Bund befugt sei, Steuern zu erheben, müsse das Land an den Stellschrauben drehen, die ihm zur Verfügung stünden. Dabei sei die Grunderwerbsteuer ein wesentliches Mittel, meinte der Abgeordnete.

Ernstgemeinte Konsolidierung bedeute nicht nur, Ausgaben zu senken, sondern auch, Einnahmen zu verbessern, erklärte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Wenn aus dem Landtag dazu Vorschläge kämen, könne die Landesregierung dies aufgreifen und prüfen. Zudem wandte er sich im Zusammenhang mit der Konsolidierungsaufgabe gegen Steuersenkungen, denn diese bedeuteten in der Folge einen wiederum kreditfinanzierten Einnahmeverzicht. Bei der Konsolidierung stehe alles auf dem Prüfstand, auch die Grunderwerbsteuer. Der Minister versprach, dabei mit Augenmaß vorzugehen und keine Steuern zu erhöhen, die nicht erhöht werden müssten. sow

Foto: Schälte

Zahlungsaufforderung

Bitte zahlen Sie den Steuerbetrag in Höhe von ...



6 x 24 Stunden

Linke fordert wieder kürzere Ladenöffnungszeiten

24. Februar 2011 – Shoppen rund um die Uhr: Traum oder Alptraum? Die Links-Fraktion jedenfalls hält nichts davon. Gut vier Jahre, nachdem Schwarz-Gelb das Ladenöffnungsgesetz verabschiedet und damit 24-Stunden-Shopping ermöglicht hat, setzt sie sich wieder für einen früheren Kassenschluss ein (Drs. 15/1308). Die anderen Landtagsfraktionen haben den Antrag in einer Plenardebatte teils als falsch, teils als inhaltlich widersprüchlich oder zeitlich unpassend titulierte.

Foto: Schälte

„Das Ladenöffnungsgesetz vom November 2006 war ein schwerer Schlag gegen die Beschäftigten im Einzelhandel“, kritisierte der Linken-Abgeordnete **Michael Aggelidis** die ehemalige schwarz-gelbe Regierung. Weniger Vollzeitjobs und mehr Verstöße gegen vorgeschriebene Pausen und Maximalarbeitszeiten seien die Folge. Das vorgegaukelte „Konsumnarrenparadies“ habe sich für die Angestellten zu einer „Horrorrealität“ entwickelt. Viele Supermärkte öffneten mittlerweile sogar bis Mitternacht. Dies sei arbeitsmedizinisch bedenklich, meinte Aggelidis. Außerdem könnten viele kleine Selbstständige bei den ausgedehnten Öffnungszeiten nicht mithalten, einige seien bereits pleitegegangen.

„Nach unserer Überzeugung haben wir im Moment eine gute Regelung“, entgegnete **Jens Kamieth** (CDU). „Aber darüber können wir streiten.“ Der richtige Ort hierfür sei der Wirtschaftsausschuss, wo die Öffnungszeiten bereits im Januar auf der Tagesordnung gestanden hätten – und nun auf Antrag der Linken bald wieder stünden, merkte Kamieth an. Gleichzeitig kritisierte er den Antrag inhaltlich: Kürzere Geschäftszeiten bedeuteten nicht nur weniger prekäre Arbeitsverhältnisse, sondern auch insgesamt weniger Stellen im Einzelhandel. „Aber das ist doch nicht Ihr Ziel“, sagte der Abgeordnete. Vielmehr müsse es der Links-Fraktion doch eigentlich darum gehen, gute Arbeit zu fördern.

„Bei aller persönlichen Sympathie für die Inhalte des Antrag: Es ist alles gesagt worden“,

unterstrich **Rainer Schmeltzer** (SPD) die Anmerkung seines Vorredners. Die Debatte um den Kassenschluss habe bereits im September das Plenum und anschließend den Wirtschaftsausschuss beschäftigt. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger habe dabei angekündigt, das Ladenöffnungsgesetz zu evaluieren und dann bis zum Sommer einen entsprechenden Bericht vorzulegen – einige Monate früher als es das Gesetz verlange, lobte Schmeltzer. Seine Fraktion wolle daher den Bericht abwarten. „Dann beraten wir, und dann werden wir Änderungen beschließen.“

Erst prüfen, dann entscheiden: Dies forderte auch **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Zwar habe das Ladenöffnungsgesetz dazu geführt, dass Beschäftigte teilweise bis Mitternacht an den Kassen säßen. Dennoch mache es Sinn zu schauen, „wie sich die Realität im Einzelnen entwickelt hat“, betonte die Abgeordnete. Sobald der Bericht des Ministers vorliege, müsse der Landtag darüber diskutieren, inwieweit die von Schwarz-Gelb eingeführte 6 x 24-Stunden-Formel arbeitnehmer-, mittelstands- und familienfreundlich sei. Denn selbstverständlich mache es einen Unterschied, ob Vater und Mutter spät abends noch im Laden verkauften oder bei ihren Kindern zu Hause seien.

„Er ist wirsch und er ist falsch“, beschrieb **Dietmar Brockes** (FDP) den Antrag. Auf dieser Basis könne der Landtag nicht vernünftig beraten. Anders, als die Linken behaupteten, habe

sich die Lage der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Einzelhandel nicht verschlechtert. Im Gegenteil: In den Jahren 2007 bis 2010 sei die Zahl der Plätze um 13.000 gestiegen – die Hälfte davon Vollzeitjobs. „Das ist nicht nur auf die Ladenöffnungszeiten zurückzuführen, aber auch“, betonte Brockes. Gleichzeitig widersprächen sich die Linken bei der Sonntagsöffnung: Einerseits sollten die Geschäfte dicht bleiben, andererseits gebe es dann wieder jede Menge Ausnahmen.

„Mein Ziel ist es, vor der Sommerpause 2011 einen entsprechenden Bericht vorzulegen“, kündigte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD) erneut an. Dafür werde sein Haus sämtliche betroffene Gruppen mit einbeziehen, vom Handel über die Gewerkschaften und Kommunen bis hin zu den Kirchen. Schritt für Schritt, das sei dabei seine Devise: „Erst wird evaluiert, dann wird bewertet, anschließend können die Schlussfolgerungen gezogen werden“, betonte Voigtsberger. Gleichzeitig kritisierte der Minister damit das Vorgehen der Links-Fraktion: Diese versuche mit ihrem Antrag schon jetzt den letzten Punkt umzusetzen, ohne die Ergebnisse des Berichts zu kennen. *bra*

Die Abgeordneten haben den Antrag zur weiteren Beratung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie mitberatend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen.

„Butter bei die Fische“

Haushalt 2011: Regierung fordert Sparvorschläge von CDU und FDP

23. Februar 2011 – Der Landtag NRW hat in erster Lesung über den Haushaltsplan für 2011 debattiert, den die Landesregierung im Entwurf vorgelegt hat. Er umfasst insgesamt rund 55,8 Milliarden Euro. Die Landesregierung wirbt für eine vorsorgende Sozialpolitik und nimmt dafür etwa 7,1 Milliarden Euro neue Schulden in Kauf. Später, so argumentiert sie, zahlten sich Zukunftsinvestitionen nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch aus. CDU und FDP kritisieren die aus ihrer Sicht verheerende Verschuldungspolitik, die Linke erkennt Schnittmengen mit der Regierungspolitik. Ministerpräsidentin Kraft fordert Sparvorschläge von CDU und FDP.

„Vorbeugung jetzt anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft.“ Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) kündigte an, gemäß diesem Motto investiere die rot-grüne Landesregierung im Jahr 2011 rund 1,1 Milliarden Euro in die Zukunft des Landes, setze mit 500 Millionen Euro aber auch ein „klares“ Sparsignal. Gleichzeitig betonte der Minister, nach dem Konjunkturabsturz von nie gekanntem Ausmaß sei ein wirtschaftliches Gleichgewicht auch heute nicht gegeben. Die Wirtschaft habe sich von der schärfsten Rezession seit 1945 noch nicht erholt. Für den aktuellen Aufschwung bestünden nach wie vor erhebliche Risiken, insbesondere in der Exportwirtschaft sowie durch die anhaltenden Banken- und Staatsschuldenkrisen. Von daher sei es folgerichtig, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts anzunehmen. Sechs von 16 Bundesländern beriefen sich aktuell darauf. Daher müssten auch die neuen Schulden im Haushaltsentwurf 2011 die Höhe der Investitionen überschrei-

ten. Allerdings rechnete der Finanzminister mit Einsparungen von 500 Millionen Euro am Ende des Jahres. Addiere man dies zur geplanten globalen Minderausgabe von 270 Millionen Euro, sinke die Neuverschuldung laut Ergänzungsvorlage zum Haushalt von 7,8 auf 7,1 Milliarden Euro. Insgesamt verteidigte Walter-Borjans den Ansatz einer „vorsorgenden Politik“ der Landesregierung als nachhaltige Sicherung der Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Als Etikettenschwindel bezeichnete dagegen Karl-Josef Laumann (CDU) die Darstellung dieser Finanzpolitik. Sie sei weder neu noch präventiv, sondern die „alte, bequeme sozialdemokratische Schuldenpolitik“, von der sich alle anderen

die Regierung dann einen belastbaren Entwurf vorgelegt habe. Im Einzelnen kritisierte Laumann die vorgesehene Streichung der Studiengebühren sowie das beitragsfreie Kindergartenjahr als Geschenke an Besserverdienende. Die Regierung wolle für Vorbeugung, Betreuung und Bildung Geld ausgeben, das sie nicht habe. Noch dazu fehle ihr ein erkennbares und berechenbares wirtschaftspolitisches Konzept. Aus dem Industrieland NRW solle offenbar ein Naturschutzgebiet werden.

Die Kritik seines Vorredners wertete Norbert Römer (SPD) als kleinkariert, rückwärtsgerichtet und ohne Perspektive für die Menschen. Anscheinend scheue die CDU die politische Auseinandersetzung. Der erste Haushalt der rot-grünen Regierung sei gekennzeichnet von Vorsorge für die Familien, Kinder, Städte und Gemeinden. Die Zukunftschancen der Kinder bestimmten über den wirtschaftlichen Erfolg von morgen, unterstrich Römer. Nach der Produktionslücke durch den „drastischen Absturz unserer Wirtschaft“ sei heute eine Politik für mehr Arbeit mit Perspektive und anständiger Bezahlung notwendig. Somit kennzeichneten den Haushaltsentwurf drei klare Linien: Zukunftsinvestitionen, Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen. Im Übrigen profitierten von der Abschaffung der Studiengebühren sowie vom beitragsfreien Kindergartenjahr vorwiegend die weniger gut verdienenden Bürgerinnen und Bürger. Diese Maßnahmen kosteten



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Regierungen in Deutschland und Europa einschließlich Griechenland verabschiedeten. Bis 2014 wolle Rot-Grün den heutigen Schuldenberg um 30 Milliarden Euro erhöhen, den die „Kinder und Kindeskindern abstottern“ müssten. Dies habe mit Nachhaltigkeit und Vorsorge nichts zu tun, meinte Laumann. „Die maßlose Neuverschuldung, über die das Verfassungsgericht zu befinden hat, ist Ihre Neuverschuldung, Frau Kraft, nicht unsere“, widersprach er der Koalition, die den Schuldenberg als Schlussbilanz der Vorgängerregierung deutet. Mit Blick auf das für den 15. März 2011 angekündigte Urteil erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende zudem, seine Fraktion werde erst danach in die Haushaltsberatungen einsteigen, wenn nämlich

auch weniger als das von der CDU propagierte verbindliche Vorschuljahr. Und schließlich müsse die heutige Landesregierung die Lücken schließen, die die Vorgängerregierung etwa bei der Kleinkindbetreuung, der Arbeitsschutz-, Versorgungs-, Umwelt- und Justizverwaltung sowie bei den Eichämtern hinterlassen habe. Daneben werde man alle Ausgaben einer Generalüberprüfung unterziehen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende. Hierzu vermisse er die von CDU und FDP angekündigten Sparvorschläge.

Grünen-Fraktionsvorsitzender Reiner Priggen betonte den Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen. Vorbei sei es mit dem Mantra „Privat vor Staat“, mit dem Motto „Steuersenkung um

Fotos: Schälte

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

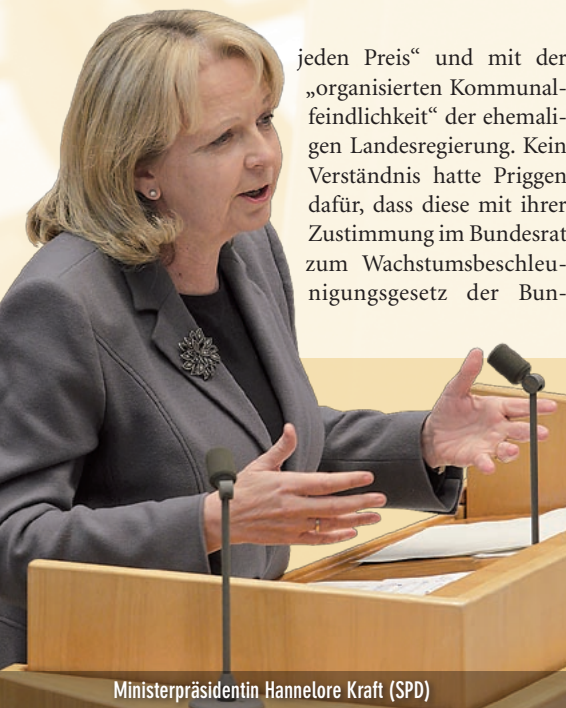
Haushaltseckdaten

(in Milliarden Euro)

	2007 (Ist)	2008 (Ist)	2009 (Ist)	2010 (Soll)	2011 einschl. Ergänzung
Haushaltsvolumen	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	55,3 Mrd. €	53,1 Mrd. €	55,8 Mrd. €
Steuereinnahmen	40,5 Mrd. €	42,1 Mrd. €	38,5 Mrd. €	36,8 Mrd. €	38,8 Mrd. €
Nettoneuverschuldung	1,86 Mrd. €	1,12 Mrd. €	5,98 Mrd. €	6,7 Mrd. €	7,2 Mrd. €
Investitionen (Investitionsquote*)	4,35 Mrd. € (8,7 %)	4,6 Mrd. € (9,5 %)	7,1 Mrd. € (12,9 %)	5,0 Mrd. € (9,5 %)	5,2 Mrd. € (9,3 %)
Zinsausgaben (Zinsausgabenquote*)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,82 Mrd. € (9,5 %)	4,74 Mrd. € (8,7 %)	4,66 Mrd. € (8,6 %)	4,55 Mrd. € (8,0 %)
Personalausgaben (Personalausgabenquote*)	19,6 Mrd. € (39,3 %)	19,0 Mrd. € (37,7 %)	20,6 Mrd. € (37,1 %)	20,8 Mrd. € (39,3 %)	21,9 Mrd. € (39,4 %)

* Die Quoten werden anhand der bereinigten Gesamtausgaben ermittelt.

Quelle: Finanzministerium NRW



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

desregierung 880 Millionen Euro „leichtfertig weggegeben“ habe. Eine solche Summe, umgerechnet 17.000 Stellen, könne das Land nicht einfach wieder einsparen. Drei zentrale Ziele der Koalition hob Priggen heraus. Erstens wolle sie die Kommunen in ihrer „dramatischen“ Notlage unterstützen. Zweitens solle kein Kind zurückbleiben. Langfristiges Ziel sei, die gesamte Ausbildung kostenfrei zu machen, damit die Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Studiengebühren etwa hielten junge Menschen vom Studium ab. Drittens, führte Priggen aus, wolle die Koalition investieren statt reparieren und mit früher Förderung beispielsweise spätere Inobhutnahmen von Kindern oder zermürbende Warteschleifen für Arbeitslose vermeiden. „Wir wissen, dass Einsparungen nötig sind“, sagte Priggen. Die Haushaltsproblematik lasse sich aber nicht durch eine

jeden Preis“ und mit der „organisierten Kommunalfeindlichkeit“ der ehemaligen Landesregierung. Kein Verständnis hatte Priggen dafür, dass diese mit ihrer Zustimmung im Bundesrat zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bun-

„Rasenmäherpolitik“ etwa bei Personalkosten lösen. Als notwendig erachtete er verbesserte Einnahmen: „Ohne Änderungen beim Bund werden wir keine Chance haben.“

„Fast sprachlos“ machten ihn die Ausführungen des Finanzministers, sagte Dr. Gerhard Papke (FDP). Der Fraktionsvorsitzende hielt es für respektlos gegenüber dem Verfassungsgerichtshof, dass die Landesregierung trotz des noch ausstehenden Urteils zum Nachtragshaushalt bereits den Haushaltsentwurf 2011 vorgelegt habe. Offenbar wolle sie das Haushaltsverfahren unter Volldampf durchziehen, um ein brandgefährliches Thema möglichst schnell abzuräumen, vermutete er und erinnerte an den Volldampfkapitän der Titanic. Er empörte sich darüber, dass die Regierung mit ihrer mittelfristigen Finanzplanung schnurstracks in einen Bruch mit dem Grundgesetz hineinlaufe, das sie auf das Verschuldungsverbot schlicht pfeife. „Sie verabschieden sich von der Konsolidierung und machen aus ihrer Verschuldungsorgie eine Staatsphilosophie“, kritisierte der FDP-Sprecher die Landesregierung. Dabei ließen sich komplexe Probleme nicht einfach mit immer mehr Geld hinwegspülen. Trotzdem – auch wenn die Regierung nicht daran glaube – CDU und FDP hätten in der vergangenen Wahlperiode gezeigt, dass Konsolidierung möglich sei. Mit dem Abbau von 12.000 Stellen in der allgemeinen Verwaltung ließen sich 600 Millionen Euro einsparen, rechnete Papke vor. Eine Totalverweigerung der Konsolidierung führe in den Staatsbankrott. Papke bezeichnete den Haushalt der Landesregierung als weiteres Dokument des Scheiterns.

Die Wandlung von CDU und FDP „vom Saulus zum Paulus“ – gestern Schuldenmacher, heute

Schuldenbremse – hielt Bärbel Beuermann (Linke) für nicht glaubwürdig. Nach dieser Vorbemerkung erklärte die Fraktionsvorsitzende, dass die Linke für Investitionen in die Zukunft der Menschen in NRW stehe und dafür im vorgelegten Haushaltsentwurf Schnittmengen erkenne. Dieser sei nicht nur Ausdruck eines Politikwechsels, sondern zeige auch eine Kurskorrektur in Richtung Vorsorge und Nachhaltigkeit, lobte sie. Die Wirksamkeit von Zukunftsinvestitionen ließen sich nicht immer innerhalb eines Jahres nachvollziehen, auch seien diese nicht aus der Portokasse zu bezahlen, zeigte Beuermann Verständnis für neue Schulden. „Wir müssen über den Tellerrand hinausschauen“, betonte sie und zählte Ziele auf, für die Investitionen lohnten: Bildung für nachfolgende Generationen, handlungsfähige Kommunen, beitragsfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Weiterbildung, bezahlbaren Wohnraum und Nahverkehr auch für sozial Schwache, eine Teilhabe aller Menschen am sozialen Leben und



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

Einzeletats

(in Milliarden Euro)

	2011
Landtag	0,103
Ministerpräsident	0,119
Innen	4,614
Justiz	3,545
Schule und Weiterbildung	14,325
Innovation, Wissenschaft, Forschung	6,195
Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	2,262
Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	0,832
Arbeit, Integration und Soziales	2,149
Finanzen	1,949
Landesrechnungshof	0,039
Wirtschaft, Energie, Bauen und Verkehr	4,007
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	0,922
Allgemeine Finanzverwaltung	14,760
Summe	55,823

Quelle: Finanzministerium NRW



Kommunalminister Ralf Jäger (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Marc Herter (SPD)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Horst Engel (FDP)

Özlem Alev Demirel (Linke)

eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge. Notwendige Ausgaben seien im Interesse aller Menschen. Beuermann warb für eine aktive Rolle des Staates und kündigte konkrete Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Haushaltsberatungen an. An deren Berücksichtigung entscheide sich schlussendlich auch das Abstimmungsverhalten der Linken zum Haushalt.

„Scheinheilig“ sei die Aussage von CDU und FDP, man könne im Jahr 2011 auf einen Haushalt kommen, der die verfassungsmäßige Grenze der Neuverschuldung einhalte, sagte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). „Dies kann nicht gelingen.“ Denn die Verfassungsgrenze bedeute eine Neuverschuldung von höchstens 3,8 Milliarden Euro. Selbst wenn man die neuen Projekte der rot-grünen Landesregierung streiche, müssten zusätzlich immer noch 2,2 Milliarden Euro eingespart werden. Dies bedeute zum Beispiel einen Einstellungsstopp für die freiwerdenden 8.200 Stellen in Schulen, bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Finanzämtern sowie im Richteramt. Alternativ müsste man alle Landesförderprogramme zum offenen Ganztage, zur Kultur, frühkindlicher Bildung und Stadterneuerung streichen, rechnete Kraft vor. Gleiches gelte für Kürzungen bei den Ersatzschulfinanzierungen, bei der Betreuung von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen sowie im Maßregelvollzug. „Geben Sie Butter bei die Fische“, forderte die Ministerpräsidentin CDU und FDP auf, konkrete Spar- und Kürzungsvorschläge zu machen. Ebenso sollten sie auf die jüngst von ihnen beantragten Mehrausgaben verzichten, die sich zum Beispiel im Bereich Schule auf rund eine Milliarde Euro beliefen. Diese Auseinandersetzung solle NRW politisch führen, mahnte Kraft. Sie warnte davor das Parlament durch häufige Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof zu entmündigen.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

„Der vorgelegte Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 sieht eine der höchsten Finanzausgleichsmassen vor, die je in einem kommunalen Finanzausgleich gewährt wurden“, lobte **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD). Insgesamt

erhielten Städte und Gemeinden 323 Millionen Euro und damit 4,3 Prozent mehr Geld. Zudem habe Rot-Grün die Daten aktualisiert, auf deren Basis das Land die Milliarden verteile. „Dass dies durch die Vorgängerregierung nicht geschehen ist, ist letztendlich verantwortungslos“, kritisierte Jäger.

„Sie wollten die Notlage der Städte, Gemeinden und Kreise schamlos ausnutzen, um sich wenigstens an einem einzigen Tag als kommunale Heilsbringer und Gralhüter darzustellen“, warf **Bodo Löttgen** (CDU) der Regierung vor. Die im Nachtragshaushalt versprochene 300-Millionen-Euro-Soforthilfe knapse sie vielen Kämmerern nun über das GFG wieder ab. „217 Kommunen verlieren sogar im Saldo aus Nachtragshaushalt 2010 und Entwurf des GFG 2011“, erklärte der CDU-Sprecher und forderte Jäger dazu auf, den Entwurf zurückzuziehen.

„Den Kommunen wird in der Summe kein Geld aus den Taschen gezogen, sondern zusätzliches Geld in die Taschen gesteckt“, verteidigte **Marc Herter** (SPD) den Entwurf und appellierte an Löttgen, die Kommunen nicht länger gegeneinander auszuspielen. Schwarz-Gelb seien es gewesen, die in den vergangenen Jahren einen Raubzug durch die Kommunen veranstaltet hätten. Bezüglich der nun aktualisierten Daten warf Herter CDU und FDP zudem vor: „Sie haben auch 2010 auf der Basis der Zahlen von 1999 abgerechnet und sich dabei wohlgeföhlt.“

CDU und FDP hätten die finanzielle Basis der Kommunen auf Bundes- und Landesebene kaputt gehauen, konstatierte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne): „Ihre Landesregierung hat die Kommunen mehrfach – das ist sogar gerichtlich bestätigt – über den Leisten gezogen.“ Und nun gingen diese beiden Fraktionen hin und erzählten den Leuten, Rot-Grün würde den Städten und Gemeinden Geld wegnehmen, kritisierte der Grüne. „Das ist nicht zu fassen.“ Es gehe doch lediglich darum, die Datenbasis auf den aktuellsten Stand zu bringen.

„Für uns ist es das kommunalfeindlichste GFG aller Zeiten“, sagte **Horst Engel** (FDP). Es verteile Finanzmittel zulasten kreisangehöriger Städte und

Gemeinden. Viele Kommunen dränge dies in die Haushaltssicherung oder sogar direkt ins Nothaushaltsrecht. „Sie wissen, dass das Gemeindefinanzierungssystem im Ganzen zu überarbeiten ist“, kritisierte Engel. Trotzdem habe Rot-Grün, anders als noch von Schwarz-Gelb geplant, nun einzelne Werte verdreht anstatt im kommenden Jahr das gesamte System anzupassen.

Die Linken-Abgeordnete **Özlem Alev Demirel** forderte die anderen Fraktionen dazu auf, Städte und Landkreise in NRW nicht länger gegeneinander auszuspielen: „Wir dürfen uns doch nicht auf der Landesebene instrumentalisieren lassen.“ Vielmehr gehe es darum, die Situation in allen Kommunen zu verbessern. Dazu müsse die Regierung jedoch mehr Geld in die Hand nehmen. „Erhöhen Sie endlich die Verbundmasse“, appellierte Demirel an alle Fraktionen. „Kommen Sie Ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunen nach!“

cw/sow/bra

Der Gesetzentwurf zum Landshaushalt 2011 (Drs. 15/1000) wird in drei Lesungen beraten. Bis zu den folgenden Lesungen werden die Fachausschüsse tätig, diskutieren im Detail und hören Sachverständige an.

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro)	
Zuweisungen	7.922 Millionen (+24 Millionen)
Schlüsselzuweisungen	6.722 Millionen (+29 Millionen)
davon für	
• Gemeinden	5.275 Millionen
• Kreise	787 Millionen
• Landschaftsverbände	659 Millionen
Schulpauschale/Bildungspauschale	600 Millionen
Investitionspauschalen	521 Millionen (+3 Millionen)
Pauschale Bedarfszuweisungen	28 Millionen (-1 Millionen)
Sportzuweisungen	50 Millionen
Verbundsatz	23 Prozent

Quelle: Finanzministerium NRW

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Christian Weisbrich
(CDU)



Martin Börschel (SPD)



Aus dem Gerichtsurteil zum Nachtragshaushalt 2010 ziehe ich den Schluss, dass ...

... die präventive Finanzpolitik von Ministerpräsidentin Kraft mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen nicht vereinbar ist. Bürger und Parlamente der Zukunft müssen davor bewahrt werden, den finanziellen Handlungsspielraum zur Bewältigung künftiger Probleme zu verlieren.

... die bisher angelegten Kriterien zur Definition einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wie vom Gericht angeregt, nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen. Auch die Expertenanhörung im HfA hat bestätigt, dass z.B. Verwerfungen des Finanzmarkts nicht berücksichtigt werden.

Eine Alternative zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2011 ...

..., in der die Vorgaben des Urteils des Verfassungsgerichtshof 1:1 umgesetzt werden, ist von der Landesregierung bislang nicht vorgelegt worden. In der vorliegenden Fassung ist der Haushaltsentwurf 2011 wieder nicht verfassungskonform.

... hat bislang niemand substantiell vorgetragen. Wer, wie die CDU, die Neuverschuldung auf einen Schlag halbieren möchte, muss entweder die Steuereinnahmen künstlich schön rechnen oder massiv Personal bei Schulen, Polizei und Justiz abbauen und den Kommunen erneut tief in die leeren Kassen greifen.

Am Haushalt, an den harten Zahlen, lassen sich die Prioritäten einer Regierung ablesen. Diese Regierung ...

... missachtet Artikel 83 der Landesverfassung. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs stellt klar, dass die Landesverfassung dem Schutz künftiger Generationen vor unbeschränkter Vorwälzung staatlicher Lasten dient.

... setzt diese Prioritäten bei Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und bei den Kommunen als Hauptinvestoren in Infrastruktur. Beides sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, weil dadurch Wachstumsimpulse gesetzt werden.

Angesichts des Schuldenbergs muss eine Haushaltspolitik ...

... her, die langfristig dem Willen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt, die Verschuldung des Landes zurückzuführen, um politischen, insbesondere auch sozialpolitischen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen und neu zu schaffen. Auf dem Konsolidierungsweg ist eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen zu wahren.

... alle Kosten mit einbeziehen, sich um die Ursachen kümmern und dabei auch den unteren Teil des Eisbergs im Blick behalten. Dazu zählen die Kommunen, die Pensionslasten, aber auch die Opportunitätskosten von unterlassenen Bildungsinvestitionen. Wir können es uns nicht mehr leisten, kurzfristig zu denken.

Die Gesamthöhe der vorgesehenen Zuweisungen an die Gemeinden betrachte ich als ...

... eine gezielte, durch ein Sondergesetz zu regelnde Konsolidierungshilfe für die in Not geratenen Kommunen. Durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund, die Hilfe vom Land und eigene Anstrengungen werden die Kommunen in die Lage versetzt, ausgeglichene Haushalte zu erreichen.

... wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren finanziell stark bluten müssen und laufen teilweise auf dem Zahnfleisch. Wir müssen den Kommunen jetzt unter die Arme greifen; sie sind mindestens so systemrelevant wie Banken.

Diesmal zur Haushaltspolitik.



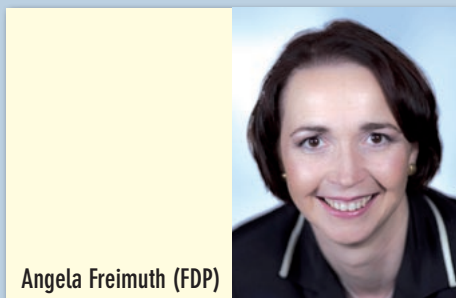
... sehr hohe Hürden für die Begründung einer wirtschaftlichen Störungslage formuliert wurden. Das Urteil führt aber nicht zu Einsparungen, da es nur die Bildung von Rücklagen für zukünftige Ausgaben (WestLB, Pensionen, Urteil zum Kinderförderungsgesetz) nicht aber die Ausgaben selbst verhindert.

... hat die Opposition nicht ernsthaft dargestellt. Die Regierung hat bereits Konsolidierungsvorschläge über 700 Millionen Euro vorgelegt. SPD und Grüne werden zudem Anträge zum Verzicht auf nicht zwingend erforderliche Ausgaben und sozialverträgliche Einnahmeverbesserungen vorlegen.

... setzt klare Prioritäten für bessere Bildung und Ausbildung. Sie stellt sich dem finanziellen Desaster, das CDU und FDP bei den Kommunen hinterlassen haben. Sie investiert in Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Industrie und setzt damit wichtige positive Impulse für mehr Arbeitsplätze.

... her, die nachhaltig wirkt. Steuergeschenke, die NRW jährlich fast drei Milliarden Euro kosten, sind (im Bund) abzubauen und zur Konsolidierung einzusetzen. Schwarz-Gelb musste schlechte Politik in Events und Broschüren teuer verkaufen. Auf diese Art der Selbstdarstellung verzichtet Rot-Grün als erstes.

... klares Signal, dass Rot-Grün die desaströse Finanzlage der Kommunen verbessern will. Leider haben CDU und FDP im Bund für dieses Jahr erneut keinen Cent an Sozialkostenentlastung zugestanden. Dies erhöht die Dramatik zusätzlich und erschwert massiv den geplanten Konsolidierungsprozess.



... Haushaltskonsolidierung und ein Ende der Schuldenpolitik im Interesse künftiger Generationen notwendig sind. Ausgaben müssen aus den Einnahmen gedeckt werden. Ein stetig wachsender Schuldensockel darf die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen und Gesetzgeber nicht in Frage stellen.

... muss von der rot-grünen Landesregierung und dem Landesparlament erarbeitet werden. Wir erwarten, dass Rot-Grün Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs zieht, die sich erkennbar im Haushalt 2011 abbilden.

... plant zu Lasten der Gestaltungsräume künftiger Generationen schuldenfinanzierte Wahlzusagen, z.B. Verbot der Studienbeiträge. Die Zeche zahlen die Steuerzahler mit Zins und Zinseszins, aber auch zum Beispiel die Studierenden, deren Studienbedingungen sich verschlechtern.

... her, die langfristig ohne neue Schulden auskommt und Altschulden tilgt. Die Schuldenbremse unterstreicht dieses Ziel, weshalb sich die FDP auch für eine eigene Verfassungsregelung in NRW ausspricht, die leider von Rot-Grün verweigert wird.

... guten Beitrag des Landes zur Gemeindefinanzierung bis zu einer grundlegenden Gemeindefinanzreform, da jeder vierte Euro aus dem Landesetat den Kommunen zugutekommt. Wir halten aber die von rot-grün geplante Umstrukturierung im GFG insbesondere zu Lasten des kreisangehörigen Raums für falsch.



... endlich die unterfinanzierten öffentlichen Haushalte durch mehr Steuergerechtigkeit und höhere Einnahmen strukturell gesichert werden müssen. Das Finanzchaos von CDU/FDP in den letzten fünf Jahren mit 23 Milliarden Euro neuer Verschuldung muss beseitigt werden. Neuwahlen lösen das Finanzproblem nicht.

... ist das Konzept der Fraktion Die Linke für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen ein landesweites Sozialticket für Bus und Bahn, gebührenfreie Kitas, „Eine Schule für alle“, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Mindestlöhne von zehn Euro pro Stunde.

... von SPD und Grünen hat ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht. Schulen, Hochschulen und Kitas bleiben unterfinanziert wie auch viele soziale Einrichtungen. Die schlechte Bezahlung, z.B. bei angestellten LehrerInnen, wurde ebenso wenig verbessert wie die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst (Original sozial nach der Wahl ist nur Die Linke).

... her, die langfristig angelegt ist und zu wirklichen Verbesserungen der Lebensbedingungen führt. Soziale Sicherheit, gleiche Chancen für alle, ein gesundes Leben in einer gesunden Umwelt erfordern nachhaltige Investitionen, z.B. brauchen wir statt Atomenergie schnellstmöglich 100 Prozent erneuerbare Energien.

... unzureichend, CDU/FDP haben den Städten und Gemeinden in den letzten fünf Jahren mehr als 3 Milliarden Euro entzogen. Die Linke fordert eine gerechte Finanzreform, die den Kommunen jährlich 1 Milliarde Euro mehr einbringt.

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
15/1541	Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2011/2012, LR	Vorschlag: direkte Abstimmung	1./2. Lesung 30./31.3.2011	15/977	Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmentgeltgesetzes, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung am 7.4.2011
15/1438	Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzuges, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 31.3.2011	15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR	Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Beratung wird fortgesetzt
15/1312	Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Anhörung beschlossen	15/975	Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Beratung wird fortgesetzt
15/1300	Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans 2011, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	siehe Drs. 15/1000	15/853	Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und Grenzständige Gebäude, SPD und Grüne	Rechtsausschuss	Beratungsabschluss am 4.5.2011
15/1269	Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Ausschussberatung abgeschlossen	15/778	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land NRW, LR – Rechnungswesen –	Rechtsausschuss	2. Lesung 31.3.2011
15/1268	Gesetz zur Anhebung des Eingangs- und des Spitzenamtes in der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes NRW und zur Änderung des Besoldungsgesetzes, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 31.3.2011	15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW (Genehmigung von Haushalts-sicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD und Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Beratung wird fortgesetzt
15/1144	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	2. Lesung 31.3.2011	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung geplant
15/1068	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Beratung wird fortgesetzt	15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Land-schaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Anhörung 4.5.2011
15/1066	Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums, Linke	Rechtsausschuss	2. Lesung 31.3.2011	15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Beratung wird fortgesetzt
15/1061	Fünftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, SPD und Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 30.3.2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sogenannten „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 30.3.2011
15/1002	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011, LR	Haushalt- und Finanzausschuss	siehe Drs. 15/1000				
15/1000	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2011, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 13.-15. April 2011, 3. Lesung 18./19. Mai 2011				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 23. und 24. Februar 2011 entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in NRW – Studiengebühren –	Landesregierung	2. Lesung 24.2.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Sparfüchse gesucht

Haushaltsausschuss bewertet Gerichtsurteil zum Nachtragsetat 2010

17. März 2011 – Der Haushalts- und Finanzausschuss hat das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Münster zum Nachtragshaushalt 2010 der Landesregierung diskutiert und bewertet. Das Gericht hatte diesen als verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt – vor allem wegen des Verstoßes gegen die verfassungsmäßig vorgeschriebene Kreditobergrenze. Danach darf die Regierung nicht mehr neue Schulden machen, als sie für Investitionen ausgibt. Eine Ausnahme ist nur möglich, falls das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Genau damit hatte die Landesregierung die mit dem Nachtragshaushalt 2010 beschlossene Nettoneuverschuldung von rund 8,9 Milliarden Euro verteidigt.

Haben sie die Lösung? Der Finanzexperte der CDU, Christian Weisbrich, und Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD).

Foto: Schälte

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans beschrieb das Urteil als kein erfreuliches, aber auch kein außergewöhnliches Ergebnis. Die Vorgängerregierung von CDU und FDP habe sieben Niederlagen vor dem Verfassungsgerichtshof erlitten. Es gelte nun, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts fundierter zu begründen. Die Richter hätten eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht definitiv bestritten. Somit, betonte Walter-Borjans, sei der Gerichtshof nicht der Argumentation der Kläger gefolgt, die eine Störungslage in Zweifel gezogen hatten. Er sagte umfassende Sparbemühungen zu, um einen verfassungskonformen Haushalt 2011 vorzulegen.

„Sie können das Urteil so viel schönreden, wie Sie wollen – es ist eine vernichtende Klatsche“, meinte Christian Weisbrich (CDU). Aus seiner Sicht habe sich der Verfassungsgerichtshof in vollem Umfang der Argumentation von CDU und FDP angeschlossen. In jedem Fall hielt Weisbrich Maßnahmen, wie etwa das beitragsfreie Kindergartenjahr, für ungeeignet, Wirtschafts-

krisen abzuwenden. An oberste Stelle hätten die Richter den Schutz der nächsten Generation gestellt. Was man nicht bezahlen könne, könne man eben auch nicht umsetzen, meinte Weisbrich und betonte, mit dem Gerichtsurteil sei der Ansatz einer vorsorgenden Sozialpolitik in vollem Umfang gescheitert.

Martin Börschel (SPD) erinnerte daran, dass auch andere Bundesländer in ihren Haushalten von einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ausgingen. Er kündigte an, bei den entsprechenden CDU/FDP-regierten Ländern sowie im Bundeshaushalt nachzulesen, wie dort eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründet werde. Mit Blick auf eine Aussage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Laumann, NRW könne 2011 mit einer verfassungskonformen Neuverschuldung von „nur“ 3,8 Milliarden Euro auskommen, forderte Börschel: Nun solle die CDU erklären, mit welchen Maßnahmen sie die geplante Neuverschuldung von 7,1 um 3,3 Milliarden Euro verringern wolle.

Der Verfassungsgerichtshof habe noch einmal die Verantwortung des Haushaltsgesetzgebers, also des Parlaments, gegenüber seinen Nachfolgern wie auch gegenüber den nächsten Generationen deutlich gemacht, befand auch Angela Freimuth (FDP). Beide müssten noch Spielräume zur Gestaltung haben. Eine Lehre aus dem Urteil sah sie darin, dass besser belegt werden müsse, dass die im Haushalt festgeschriebenen Maßnahmen tatsächlich geeignet seien, eine Störungslage, wenn denn vorhanden, zu bekämpfen. Außerdem habe das Gericht betont, dass die Kreditobergrenze nur dann überschritten werden dürfe, wenn die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nachhaltig sei.

Michael Aggelidis (Linke) empfand die Gerichtsentscheidung als einen „schwarzen Tag der Rechtsgeschichte“ und „schlechten Tag“ für NRW. Zur Begründung sagte er, der Gerichtshof stelle sich in weiten Teilen an die Stelle des Gesetzgebers. Auch habe er die Hürden so hoch gesetzt, dass man diese kaum erreichen könne. Dies sei die Ernte der „faulen Früchte“, die auf die Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz zurückzuführen sei. Diese nehme jeder Landesregierung die ihr möglichen Spielräume und berge hohes Erpressungspotenzial. Der Sprecher der Linksfraktion forderte die Landesregierung auf, „vor diesem Druck des Neoliberalismus“ nicht zurückzuweichen.

Auch der ehemalige CDU-Finanzminister habe eine Neuverschuldung von etwa 5,2 Milliarden Euro eingeplant und hätte 2011 somit ebenfalls Verfassungsbruch begehen müssen, schlussfolgerte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) aus der mittelfristigen Finanzplanung der Vorgängerregierung. Wenn dies verfassungskonform hätte ausgestaltet werden sollen, hätte also auch die CDU eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären müssen. „Sie haben faktisch gegen sich selbst geklagt“, so der Grüne. Nun erkläre die CDU, man könne mit 3,8 Milliarden Euro neuen Schulden auskommen, habe aber bisher nur Forderungen zu mehr Ausgaben gestellt statt Sparvorschläge gemacht.

sow

Sondersitzung

Ihre grundsätzlichen Bewertungen des Gerichtsurteils bekräftigten die Fraktionen auf einer Sondersitzung des Landtags am 22. März 2011. Ein weiterer Streitpunkt betraf die Frage, ob NRW die für 2011 geplante Nettoneuverschuldung durch Kürzungen unterhalb der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Grenze halten könne.

+++ Meldungen +++

Stromnetz: Privat contra Staat

16. März 2011 – Über den am besten geeigneten Betreiber für die nordrhein-westfälischen Stromübertragungsnetze haben Sachverständige im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) diskutiert. Basis dafür war ein Antrag der Linken (Drs. 15/466). Darin regen sie an, dass das Land die Netze der RWE-Tochter Amprion kaufen könnte. Ein Großteil der Fachleute sprach sich jedoch dagegen aus. Laut Bundesnetzagentur gewährleistet die aktuelle Gesetzeslage bereits heute einen diskriminierungsfreien Netzzugang. „Es kommt auf die richtige Regulierung an“, ergänzte Dr. Felix Engelsing vom Bundeskartellamt. Diese sei erschwert, wenn der Staat das Netz betriebe und sich folglich selbst kontrollieren müsste. Solange Private die Netze mit den gegebenen Anreizregulierungen zufriedenstellend betrieben, dürfe der Staat wegen des Subsidiaritätsprinzips nicht eingreifen, meinte die IHK. Lediglich Prof. Dr. Marquardt von der FH Gelsenkirchen bewertete den Staat beim Stromnetz als geeigneteren Eigentümer, da dieser kein reines Renditeinteresse verfolge.

Bestürzung über Japan-Katastrophe

16. März 2011 – Die **Ausschüsse für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** haben sich nach einer Schweigeminute mit der Katastrophe in Japan beschäftigt. Hinsichtlich der Schlussfolgerungen für NRW erklärte Wirtschafts- und Energieminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD), die Urananreicherungsanlage Gronau und das Zwischenlager Ahaus würden eingehend auf die Einhaltung der Sicherheitsstandards überprüft. Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) betonte, in NRW gebe es keine Hinweise auf eine erhöhte Strahlenbelastung. An den Flughäfen Düsseldorf und Köln sowie am Duisburger Hafen habe man vorsorglich mit der Kontrolle von Wareneingängen, speziell Lebensmitteln, begonnen. Mit Blick auf die allgemein akzeptierte Zäsur in der Energiepolitik erörterten die Fraktionen anschließend das Tempo des Ausstiegs aus der Atomtechnik.

Bilanz zum Nichtrauchererschutz

23. März 2011 – Drei Jahre nach Start des Nichtrauchererschutzgesetzes hat Gesundheits-

ministerin Barbara Steffens im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Bilanz gezogen. NRW habe im Ländervergleich die lascheste Regelung, sagte Steffens. Zu viele Ausnahmen, zu viele Schlupflöcher: „Gerade bei der Gastronomie haben wir massive Probleme.“ Dies führe zu einem Wildwuchs, bestätigte die Linke. CDU und FDP betonten zwar, das Gesetz von 2008 habe sich grundsätzlich bewährt. Dennoch gebe es die genannten Probleme, bestätigte Hubert Kleff (CDU): „Wir müssen das Gesetz so gestalten, dass Kontrollen möglich sind.“ Auch Grüne und SPD setzten sich für



Illustration: Peter Flock

eine Änderung ein. Letztere plädierte zudem für einen bundeseinheitlichen Nichtrauchererschutz.

Experten: Stau-Land Nummer Eins

23. März 2011 – Die zügige Umsetzung von Schienen- und Straßenbauprojekten war Thema einer Anhörung, die der **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) auf Antrag der FDP (Drs. 15/480) durchführte. Dabei verwiesen die Experten auf die Kosten, die durch Staus verursacht würden – für ganz Deutschland schätzten sie den Betrag auf 25 Milliarden Euro pro Jahr. NRW wurde auch aufgrund seiner Lage als Transitland als „Stauland Nr. 1“ bezeichnet. Vor diesem Hintergrund erörterten die Fachleute den Bedarf an Infrastruktur sowie die Kriterien für eine optimale Prioritätensetzung, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis von Erhalt und Neubau. In diesem Zusammenhang ging es sowohl beim Gütertransport als auch beim Personen-

verkehr um die Frage, wie zukünftig das Verhältnis von Straße, Schiene und öffentlichem Personennahverkehr ausgestaltet sein solle. Zu den Rahmenbedingungen gehörten neben den Prognosen für das zukünftige Verkehrsaufkommen auch die Entwicklung von Klima und Energieversorgung. Ein wichtiger Punkt war ebenfalls die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit über geplante Infrastrukturmaßnahmen.

90 Prozent geborgen

23. März 2011 – Über die Einsturzfolgen des Historischen Archivs in Köln gab ein Sachstandsbericht im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) Auskunft. Der Kölner Kulturdezernent Georg Quander und Archivleiterin Dr. Bettina Schmidt-Czaia erläuterten, 90 Prozent des Archivguts seien geborgen. Die Restaurierungskosten beliefen sich auf bis zu 350 Millionen Euro. Finanzielle Hilfe bekommt das Archiv vom Bund und vom Land NRW. Die Abgeordneten sagten weitere Unterstützung zu.

Gespräche in Brüssel

auch nach dem Jahr 2013 werde es Strukturfördermittel für Ziel-II-Regionen in Europa geben. Das erfuhr die Mitglieder des **Ausschusses für Europa und Eine Welt** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) bei Gesprächen in der Vertretung des Landes NRW in Brüssel. Dr. Madeleine Mahovsky, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Johannes Hahn (Regionalpolitik), erklärte, die finanzielle Förderung der Regionen sei wichtig, um die Strategie „Europa 2020“ mit regionalen „Zugpferden“ zu realisieren. Dr. Andreas Schwarz, Mitglied im Kabinett von EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski, informiert anschließend über die Vorbereitungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2013. Dieser solle stärker als bisher aus Eigenmitteln statt aus Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert werden. In Brüssel kamen die Abgeordneten außerdem mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger zusammen. So erfuhr der Europa-Ausschuss aus erster Hand, die EU müsse sich in der Energiepolitik verstärkt für Versorgungssicherheit, Preisstabilität und den Ausbau der Infrastruktur einsetzen.

„Dramatisch unterfinanziert“ sei die kommunale Familie, betonte Andreas Wohland von den kommunalen Spitzenverbänden. In Nordrhein-Westfalen könnten nur acht Städte und Gemeinden ihre Haushalte strukturell ausgleichen, alle anderen verzehrten Eigenkapital. Mittelfristig drohe 35 Kommunen faktisch der Zustand einer Überschuldung. Den strukturellen Fehlbedarf bezifferte Wohland mit 2,1 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser müsse entweder durch Ausgabenabbau oder erhöhte Finanzzuweisungen des Landes ausgeglichen werden. Möglichkeiten zum Ausgleich innerhalb der kommunalen Familie sah Wohland nicht: „Es gibt keine reichen Tanten mehr.“

WIRTSCHAFT IM GLEICHGEWICHT

Zentrales Thema des allgemeinen Teils der Anhörung war die Nettoneuverschuldung. Das Verhältnis von Schulden und Investitionen sei nicht angemessen, so Dr. Thilo Schäfer vom Institut der Deutschen Wirtschaft. Auch werde eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht nachgewiesen. An diesem Punkt müsse die Regierung nacharbeiten, meinte auch Prof. Dr. Florian Becker von der Universität Kiel. Gleiches gelte für die Frage, inwiefern die schuldenfinanzierten Investitionen überhaupt geeignet seien, einer wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken. Es bestehe ein großes Risiko, dass auch dieser Haushaltsentwurf verfassungswidrig sei, schlussfolgerte Dr. Michael Thöne von der Universität Köln. Immerhin sei man jetzt auf dem Weg aus der Krise schon weiter vorangeschritten. Mit Blick auf mögliche Kürzungen betonte Thöne aber auch die Bedeutung zukünftiger Wachstumsfaktoren wie etwa die Qualifikation kommender Generationen.

Ist die Staatsverschuldung Werkzeug gegen oder doch eher Ursache für die Krise, fragte Dr. Henning Tappe von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Jedenfalls werde das Land sich hinsichtlich der Verschuldung an das Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum Nachtragshaushalt 2010 halten müssen.

Der wirtschaftliche Normalzustand sei durchaus noch nicht erreicht, betonte dagegen Dr. Achim Truger vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Immerhin werde generell davon ausgegangen, dass bezogen auf die vorhandenen Produktionskapazitäten eine Produktionslücke von minus 1 Prozent bestehe. Gegenmaßnahmen der öffentlichen Hand könnten dazu beitragen, diese zu schließen.

Die Produktionslücke gebe es, bestätigte auch Dr. Rainer Kambeck vom RWI Essen.

„Keine reichen Tanten mehr“

Experten: Viel Kritik, wenig Lob für Haushaltsentwurf 2011

23. März 2011 – Der Haushalt 2011 auf dem Prüfstand: Die traditionelle Expertenanhörung im Haushaltsausschuss (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) geriet bei Betrachtung des Gesamthaushalts zur Grundsatzauseinandersetzung über die Frage, ob das wirtschaftliche Gleichgewicht noch gestört ist. Die überwiegende Anzahl der Fachleute verneinte dies und sah daher keine Begründung für eine Nettoneuverschuldung oberhalb der verfassungsmäßig erlaubten Grenze. Deutlichen Finanzbedarf meldeten allerdings die Städte und Gemeinden an.



Foto: Schälte

Allerdings werde sich diese durch den Wirtschaftsaufschwung spätestens bis 2013 von allein schließen. Eine Rechtfertigung für die geplanten Staatsausgaben gebe es damit nicht mehr. Kambeck verwies auf die ab dem Jahr 2020 greifende Schuldenbremse des Grundgesetzes. Mit der Streichung der Studiengebühren verzichte das Land freiwillig auf Einnahmen von 250 Millionen Euro pro Jahr. Einsparpotentiale sah er im Bereich der Landesverwaltung.

Der Haushalt 2011 müsse „verfassungsfest“ sein und auch die Schuldengrenze des Grundgesetzes beachten, betonte Michael Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler. Einsparungen seien daher unumgänglich. Sollte sich im Laufe des Jahres zeigen, dass sich die Wirtschaft nicht, wie geplant, erhole, könne immer noch ein Nachtragshaushalt eingebracht werden. Dr. Stephan Wimmers von der Industrie- und Handelskammer NRW (IHK) ergänzte, nach einer Konjunkturumfrage der IHK bei 28.000 Unternehmen

bewerteten diese die wirtschaftliche Lage als gut, die Erwartung sogar als sehr gut. Die Unternehmen hätten erklärt, sie wollten verstärkt investieren und einstellen. Wann, wenn nicht bei einer solchen Wirtschaftslage, wolle das Land mit dem Sparen beginnen?

Immerhin suchten rund eine Million Menschen Arbeit, entgegnete Andreas Meyer-Lauber vom DGB-NRW. Außerdem wachse der prekäre Arbeitsmarkt: Über 130.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erhielten ergänzende Sozialleistungen. Gezielte staatliche Maßnahmen könnten zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung beitragen. Notwendig seien sie auch im Bereich Bildung. Hier sei NRW nach internationalen Standards bestenfalls Mittelmaß. Um eine soziale Schieflage zu vermeiden, müsse auch das „Tabu“ Staatseinnahmen angesprochen werden, forderte der Gewerkschafter: Eine stärkere Besteuerung von Einkommen und Vermögen sei notwendig.

cw

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Kongress: „Früher lernen“ erhöht Bildungschancen von Kindern



Die Bildungs- und Lernforschung stellt fest, dass frühe Bildung nachweisbare Erfolge hat. Unter dem Titel „Früher lernen“ hatte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Josef Laumann, zu einem Kongress mit diesem Thema in den Düsseldorfer Landtag eingeladen. „Früher auch mit schulischen Elementen schon im Kindergarten zu lernen, ist zweifellos die richtige Devise, um den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule erfolgreich zu gestalten“, betonte Bernhard Tenhumberg, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, in seinem Einführungsvortrag vor über 300 Gästen.

Wie ein solches früheres Lernen inhaltlich dem Alter der Kinder angemessen und institutionenübergreifend zu realisieren ist, zeigte Michael Fritz vom Transferzentrum für Neurowissenschaften und Lernen (ZNL) an der Universität Ulm auf. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand das baden-württembergische Modell „Bildungshaus 3-10“. Es strebt an, ein innovatives Betreuungs- und Bildungsangebot für Kindergarten- und Grundschulkindern zu entwickeln, das im Schul- und Kindergartenalltag inhaltlich und organisatorisch neue Akzente setzt. Manfred Spitzer, ärztlicher Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik in Ulm und Leiter des ZNLs, hielt den Hauptvortrag. Der Autor vieler Bücher zum Thema Hirnforschung und Lernen zeigte aus Sicht der Forschung, dass man gar nicht früh genug mit dem gezielten Lernen bei Kindern anfangen könne. Mit vielen neuen Forschungsergebnissen belegte er, dass die Bildungschancen von Kindern umso höher sind, wenn gezielt und kindgerecht schon im Kindergarten mit Bildungsangeboten begonnen wird. Die anschließende Diskussion, die durch Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, dem schulpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, moderiert wurde, bewies, dass die vorgestellten Konzepte auf fruchtbaren Boden fielen. Mit großem Interesse wurden sie diskutiert und aus Sicht der Praxis ergänzt. Klaus Kaiser sicherte in seinem Schlusswort zu, dass die Anregungen und Vorschläge in die Arbeit und die parlamentarischen Initiativen der CDU-Landtagsfraktion einfließen werden. ■



Die Gemeinschaftsschule – Broschüre stellt neue Schulform vor

Was ist eine Gemeinschaftsschule, wie unterscheidet sie sich von den anderen Schulformen und wann und wo gehen die ersten Gemeinschaftsschulen in Nordrhein-Westfalen an den Start? Diese und weitere Fragen beantwortet eine neue Broschüre der SPD-Landtagsfraktion. Der Hintergrund ist, dass zwar viele Gemeinden – vor allem im ländlichen Raum – überlegen, eine Gemeinschaftsschule aufzubauen, aber noch mehr Informationen über die neue Schulform benötigen. Neben vielen organisatorischen Hinweisen beinhaltet das 24-seitige Heft ein Interview mit der Leiterin einer Gemeinschaftsschule in Berlin-Mitte. Dadurch können sich auch Eltern ein Bild davon machen, wie der Schulalltag in einer Gemeinschaftsschule in der Praxis aussieht. Schließlich wird der Bedarf an Schulen, die längeres gemeinsames Lernen im Ganztag ermöglichen und gleichzeitig alle Bildungsmöglichkeiten bis hin zum Abitur eröffnen, immer größer. Die Anmeldezahlen an den 14 Gemeinschaftsschulen und den 231 Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen für das Schuljahr 2011/2012 sind der aktuelle Beweis. Über 11.000 Kindern konnte leider kein Platz zur Verfügung gestellt werden. Das Angebot reicht noch nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Die Broschüre „Die Gemeinschaftsschule – Zehn Fragen und Antworten rund um die neue Schulform“ kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de ■



Grüner Kulturratschlag zum Haushaltsentwurf 2011

Die Landeskulturförderung im Haushaltsentwurf 2011 war Thema des grünen Kulturratschlags, zu dem rund 70 Interessierte in den Landtag NRW kamen. Der Landeshaushalt NRW umfasst im Entwurf 2011 rund 185.633.000 Euro. Insgesamt konnte der Kulturförderetat ein wenig erhöht werden und damit entspricht er exakt der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün vom Sommer 2010. Besondere



Schwerpunkte sind die erheblich erhöhte Förderung der kulturellen Bildung „Förderung der Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche (plus 4 Mio. Euro), eine stärkere Förderung der Freien (Theater-)Szene (plus 1,6 Mio. Euro), sowie bei den Ansätzen für die Soziokultur und beim Titel „Kultur und Integration“. Außerdem wurde für die notleidenden Stadttheater ein Fonds von 4,5 Mio. Euro aufgelegt, die JEKI-Entwicklung („Jedem Kind ein Instrument“) wird weiter gefördert und für die Nachhaltigkeit der Kulturhauptstadt RUHR.2010 stellt das Land NRW ebenfalls 2,4 Mio. Euro zusätzlich in den Etat ein. Einige Positionen entfallen gegenüber dem Etat von 2010, die aber beziehen sich im Wesentlichen auf das Kulturhauptstadtjahr RUHR.2010.

Oliver Keymis MdL, der kulturpolitische Sprecher der Grünen im Landtag wird sich in den kommenden Etatberatungen besonders für eine zügige Verabschiedung des Haushalts 2011 einsetzen. Dies soll verhindern, dass Projekte in Schwierigkeiten geraten und so viele Kulturveranstaltungen gefährdet sein könnten. Damit finden Beiträge aus der lebhaften Diskussion Eingang in die konkrete Landespolitik.

Fest steht: Mit diesem Entwurf wird auch 2011 die Vielfalt und die Breite der Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen gesichert und teilweise sogar verstärkt. ■



Engel: Mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen

Die FDP-Fraktion möchte angesichts der Häufung von Pöbeleien und aggressivem Verhalten im öffentlichen Personennahverkehr, die Sicherheit in Bussen, Bahnen und an Haltestellen verbessern. „Fast täglich werden Fahrgäste, aber auch Fahrer angepöbelt, beleidigt oder sogar angegriffen und verletzt“, beschreibt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Horst Engel, die Situation. Und längst nicht alle Vorfälle kommen zur Anzeige oder werden durch Medien öffentlich. Dieses Sicherheitsproblem nimmt die FDP sehr ernst. Engel befürchtet, dass die mangelnde Präsenz der Sicherheitsbehörden in Bussen, Straßen- und U-Bahnen sowie den Haltestellen bei immer mehr Menschen, die Notwendigkeit sinken lässt, respektvoll miteinander umzugehen. Bisherige Maßnahmen wie das kostenlose Mitfahren von Polizeibeamten und privates Sicherheitspersonal der Verkehrsunternehmen erscheinen nicht ausreichend.



Horst Engel (FDP)

Für eine Verbesserung der Sicherheit müssten viele Akteure zusammenarbeiten, ist der Innenexperte überzeugt. Verkehrsunternehmen sollten ihre Maßnahmen mit Ordnungs- oder Jugendämtern, aber auch Polizei und Staatsanwaltschaften verzahnen. Die Freien Demokraten regen den vermehrten Einsatz von uniformierten Beamten und zivilen Einsatztrupps an. „Wie genau ein umfassendes Konzept aussehen kann, darüber muss die Politik mit allen Beteiligten sprechen. Im Landtag hat die FDP deshalb eine Expertenanhörung beantragt“, erklärt Engel.

Zudem fordert Engel, dass die statistische Erfassung von Vorfällen in Bus und Bahn verbessert wird. „Bisher gibt es keine verlässlichen Zahlen über Straftaten und Übergriffe in Bussen und Bahnen. Das muss sich ändern.“ Aus Sicht Engels stellen öffentliche Verkehrsmitteln einen besonders schwierigen „Tatort“ dar. Selbst wenn sofort ein Notruf erfolgt, könnten Täter schnell flüchten, indem sie an der nächsten Haltestelle aussteigen. Eine statistische Erfassung könnte beim zielgenaueren Einsatz von Sicherheitspersonal erheblich helfen und den Handlungsbedarf aufzeigen, erklärt Engel. ■



Eine anspruchsvolle Aufgabe



Pressesprecher Florian Kaiser

Jahrelang hat Florian Kaiser selbst Pressesprecher, Abgeordnete und Minister ausgequetscht und genervt, auf allen Ebenen und mehreren Kontinenten. Zum 1. März hat der Journalist die Seiten gewechselt und arbeitet nun als Pressesprecher für die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW. „Jetzt lasse ich mich von meinen Kollegen ausquetschen“, sagt er. „Zumindest manchmal.“ Geboren, aufgewachsen und studiert in Nürnberg, volontierte und arbeitete Kaiser zunächst auch in der Frankenmetropole. Doch auch Familie und das gute Bier konnten ihn nie allzu lange in der Heimat halten. Immer wieder zog es ihn durch ganz Europa, durch Westafrika und Teile Asiens. Mal für Wochen, mal für Monate, mal dienstlich, mal privat, mal mit der Flugbereitschaft, mal mit dem Moped. Seine Magisterarbeit schrieb er über den Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire, live und vor Ort, Käse kauft er bis heute am liebsten in England ein.

Und jetzt also Düsseldorf. Obwohl aus dem Süden Deutschlands stammend, kennt der 31-Jährige auch in NRW viele Menschen und Strukturen. Arbeit, Freundschaften und politische Arbeit haben ihn nicht nur einmal an Rhein und Ruhr geführt. „Flüchtlingshilfe, Anti-Atom-Bewegung, Antifa – ich bin politisch aktiv, seit ich denken kann“, sagt Kaiser. Eine so junge, ganz neue Fraktion wie die der Linken in NRW zu begleiten und nach außen zu vertreten sei ein „außerordentlich spannendes Projekt, beruflich wie politisch“. Die Linksfraktion wird nach seinen Worten zwar bundesweit wahrgenommen – aber nicht unbedingt ihre Erfolge. „Erst von innen habe ich erkannt, dass die Fraktion durchaus einiges vorzuweisen hat.“ Dies den Medien, den linken Bewegungen und der breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln ist allerdings eine anspruchsvolle Aufgabe, findet er. „Dafür lasse ich mich gern mal ein bisschen quetschen.“ ■



„Schluss mit dem Hickhack!“

Experten fordern konstruktive Lösung im Kommunalwahlrecht

25. März 2011 – (Ober-)Bürgermeister und Landräte sollen künftig wieder mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werden. In einem entsprechenden Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Stichwahlen will die Landesregierung nun die frühere Rechtslage wiederherstellen. Ein Abwahlverfahren von Bürgermeistern auf Grundlage von Bürgerbegehren fordert die Fraktion Die Linke in einem Gesetzesentwurf. Zu beiden Vorhaben äußerten sich Sachverständige vor dem Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz: Carina Gödecke, SPD).

„Die Abschaffung der Stichwahl führte aus demokratietheoretischer Sicht nicht mehr zu einer Integration einer Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Vertretung der Interessen der relativ größten Minderheit“ so Prof. Dr. Hans J. Lietzmann (Universität Wuppertal). Ihre Wiedereinführung ermögliche es, die wahren Präferenzen der Wähler zu berücksichtigen. Nach Ansicht eines Großteils der geladenen Experten sprechen auch weitere Gründe für die Herstellung der ursprünglichen Gesetzeslage. Beispielsweise stärke eine Stichwahl die demokratische Legitimation der Hauptverwaltungsbeamten, trage der Mehrheitsregel als wesentliche Ausprägung des Demokratieprinzips Rechnung, erhöhe die Chancengleichheit der Parteien für Bewerber um das Amt des (Ober-)Bürgermeisters und führe zu einer eindeutigen Entscheidung bei den Wahlen.

Hans Gerd von Lennep (Städte- und Gemeindebund NRW) hingegen gab zu bedenken, der Zeitraum seit der Abschaffung sei zu kurz, um eine adäquate Beurteilung des neuen Wahlrechtes vornehmen zu können. Er sprach sich dafür aus, die Entwicklungen zunächst zu beobachten, da keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit zur Änderung bestehe: „Das

Verfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 26.5.2009 entschieden, dass der Wegfall der Stichwahl verfassungsgemäß ist und demnach keine Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates verletzt werden“ so Lennep. Eine Wiedereinführung der Stichwahl bedeute für die Kommunen zudem einen erheblichen Aufwand für die Organisation und Durchführung einer zusätzlichen Wahl. Vor Gesetzesänderung sei daher aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes eine valide Kostenschätzung anzustellen, die in die Entscheidung über eine erneute Änderung des Wahlrechtes einfließen muss.

Für mehr Kontinuität im Wahlrecht plädierte Prof. Dr. jur. Janbernd Oebbeke (Universität Münster). Es dürfe nicht bei jedem politischen Machtwechsel auch zu einer Änderung des Wahlrechtes kommen, die Parteien müssten die Chance bekommen, sich auf die jeweiligen Regelungen einzustellen. Alexander Slonka (Mehr Demokratie e.V.) schlug alternativ die Einführung einer Zustimmungswahl vor. Durch dieses Verfahren sei in den allermeisten Fällen eine absolute Mehrheit in nur einem Wahlgang zu erreichen, so dass man auf den Stichwahltag verzichten und somit zusätzliche Kosten vermeiden könne.

ABWAHL

Bislang kann ein Abwahlverfahren gegen einen Bürgermeister oder Landrat in NRW nur über einen Antrag sowie eine anschließende Beschlussfassung in den Gemeinderäten, bzw. Kreistagen eingeleitet werden. Die überwiegende Zahl der geladenen Sachverständigen begrüßte hingegen das im Gesetzesentwurf geforderte Initiativrecht für Bürger. Sie sahen darin die logische Konsequenz aus der Tatsache, dass der Hauptverwaltungsbeamte direkt vom Souverän gewählt wird. „Bei einer reinen Ratsinitiative besteht die Gefahr, dass die Politikverdrossenheit einer Stadt beträchtlich zunimmt, wenn eine Partei im Rat stark genug ist, um die Abwahl eines von ihr unterstützten Bürgermeisters zu verhindern“, so Dr. David H. Gehne (Ruhruniversität Bochum).

Kritisch äußerten sich hingegen die Vertreter des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW sowie des Städte- und Gemeindebundes NRW. Deren Sprecher Dr. Marco Kuhn bezeichnete die Forderung als nachvollziehbar, gab jedoch zu bedenken, dass rechtliche und politische Aspekte sorgfältig gegeneinander abgewogen werden müssten. Dies sei nach seiner Ansicht noch nicht geschehen. Es drohe die Gefahr, dass etwa politische Sachentscheidungen auf Personalentscheidungen verengt oder die Hauptverwaltungsbeamten aus tagespolitischen Ereignissen heraus zum Spielball von Interessensgruppen würden. Auch andere Experten waren der Ansicht, dass die Möglichkeit zur Einleitung und Durchführung eines Mindestquorum unterliegen muss. Umstritten war die Frage, wie viel Prozent der Bürger bei der Abstimmung für eine Abwahl votieren müssen.

Marie Schwinning



Start ins NRW-Polen-Jahr

Zum Auftakt des NRW-Polen-Jahres konnte die Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe den Botschafter der Republik Polen, Dr. Marek Prawda, begrüßen. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass das Weimarer Dreieck, die trilaterale Beziehung von Polen, Deutschland und Frankreich, zum Zugpferd der EU werden könnte. Im NRW-Polen-Jahr werden zahlreiche Veranstaltungen in ganz NRW stattfinden. Auf dem Foto von links nach rechts: Basil Kerski (Chefredakteur „Dialog“), Prof. Dr. Hans Süßmuth (Universität Düsseldorf), Katarzyna Sokolowska (Direktorin des Polnischen Instituts), Oliver Keymis (Vizepräsident des Landtags NRW), Dr. Marek Prawda (Botschafter der Republik Polen), Wolfram Kuschke (MdL), Jolanta Kozłowska (Generalkonsulin), Werner Jostmeier (MdL) und Moderator Dr. Matthias Beermann.

(Foto: Meyer)

Porträt: Norbert Römer (SPD)



Eigentlich steht Norbert Römer ständig im Schatten der Landesregierung. Sobald sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zu Wort meldet, wird sie als maßgebliche Stimme der Sozialdemokraten wahrgenommen und der SPD-Fraktionschef verblasst. Er teilt dieses Schicksal mit früheren Vorsitzenden der größten Regierungsfraktion. Es gibt nur selten Chancen, sich zu profilieren. Vor wenigen Wochen wurde diese politische Regelmäßigkeit jedoch durchbrochen. Römer bestimmte die Schlagzeilen, als er drohte, die SPD werde „die Wähler befragen“, also Neuwahlen beantragen, falls die Opposition auch gegen den Haushalt 2011 vor dem Landesverfassungsgericht klagt. Frau Kraft unterstützte den überraschenden Vorstoß. Freilich ist koalitionsintern umstritten, dass Römer die Eskalationsmaschine so früh aktiviert hat und aufgeregter denn je über Neuwahlen spekuliert wird. Dass Römer wenig später damit kokettierte, der reguläre Wahltermin am „Muttertag 2015“ sei ihm der genehmste, offenbart wiederum die politische Chuzpe des 64-Jährigen. Er gilt als fleißiger und loyaler Helfer der Ministerpräsidentin. Norbert Römer war einer der wenigen, die Frau Kraft als Oppositionsführerin in der vergangenen Legislaturperiode frühzeitig in ihr Vertrauen zog. Er ist ein verschwiegener Ratgeber, jemand, der sich auskennt mit den Mechanismen der Politik, der Gewerkschaften und der SPD. Sein recht später Aufstieg in der Politik war nicht zu erwarten gewesen, denn er konnte in der Partei die schnellen Wege nicht gehen. Der gebürtige Herner hoffte im Jahre 2000 auf einen Einzug in den Landtag, scheiterte damals mit einer Sondernominierung für einen sicheren Listenplatz. Immerhin ein wichtiges Signal für das nächste Mal war gesetzt. 2002 wurde er Vorsitzender des einflussreichen SPD-Bezirks Westliches Westfalen, 2004 Schatzmeister des SPD-Landesverbandes. Ein Jahr später kam Römer über Listenplatz 2 ins Parlament

und musste sich an Oppositionsarbeit gewöhnen, weil die CDU nach 39 Jahren die Landtagswahl gewonnen hatte. Der Vater eines erwachsenen Sohnes hat gelernt, dass sich Geduld auszahlt. Er kommt immerhin aus einer Branche, die von ihrem ungeheuren Beharrungsvermögen profitiert, dem Steinkohle-Bergbau. Seine Eltern stammen aus Bergmannsfamilien. Er selbst arbeitete nicht unter Tage wie sein Vater, sondern ließ sich in der Verwaltung seiner Heimatstadt Castrop-Rauxel zum Verwaltungsbeamten ausbilden und volontierte bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Dann wechselte er zur Presseabteilung der Bergbaugewerkschaft IGBE, später IG BCE, wurde Pressesprecher, Chefredakteur, Gewerkschaftssekretär. Römer hat sich vor allem einen Namen gemacht mit seinem Einsatz für den Erhalt der heimischen Steinkohleförderung. Er propagiert trotz des Ausstiegsbeschlusses einen Sockelbergbau und bleibt unerschütterlich in dem Glauben, dass die deutsche Steinkohle irgendwann wettbewerbsfähig wird. Er sieht den teuer erkauften behutsamen Strukturwandel als großes soziales Verdienst und ärgert sich über die „Schlaumeier in den Elfenbeintürmen der Wissenschaft, manchmal auch in den Zeitungsstuben“, die meinen, es hätte schneller gehen müssen. Vor einiger Zeit traf Römer einen Journalisten, der jemanden mit den Worten zitiert hatte, der Bergbau sei tot. Römer entgegnete ihm beim Händedruck: „Der Bergbau lebt. Glückauf.“

Sein neues Projekt ist die rot-grüne Minderheitsregierung. Eine Stimme fehlt den Koalitionsfraktionen bis zur absoluten Mehrheit, also muss die relative Mehrheit gegenüber CDU und FDP genutzt werden. Das erfordert viel Feinjustierung und Selbstdisziplin. Römer verkörpert die konservative SPD, bezeichnet sich als „Antikommunisten“. Er hält wenig von der Linken-Fraktion, weiß aber, dass deren Stimmverhalten für Rot-Grün entscheidend ist. Nur sagt er das nicht so, sondern: „Wir reden mit der Linkspartei genauso wie mit den anderen.“ Er hat sich mit den Grünen arrangiert und trägt die Ökologisierung der SPD mit, auch wenn er kritisch beäugt, dass dem Klimaschutz absoluter Vorrang eingeräumt werden soll. Der pragmatische, umgängliche Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen erleichtert ihm die gemeinsame Herausforderung, einen parlamentarischen Schutzschild für die Landesregierung zu bilden. Eine funktionierende Abwehr scheint nötiger denn je, seitdem das Landesverfassungsgericht den Nachtragshaushalt 2010 mit seiner übermäßigen Verschuldung für verfassungswidrig erklärt und die Landesregierung eine schwere Niederlage erlitten hat. Römer verteidigt unbeirrt die Leitlinie der Ministerpräsidentin. Er hat sich wieder in ihren Schatten gestellt, aber man sieht ihn jetzt deutlicher als vorher.

Kristian Frigelj

Verein der Ehemaligen

Die am 28. Mai 1980 gegründete „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen“ ist ein Verein, in dem vor allem ehemalige Abgeordnete, aber auch Ehepartner von ehemaligen Mitgliedern und aktive Abgeordnete organisiert sind. Ihr gehören derzeit insgesamt 323 Mitglieder und 13 fördernde Mitglieder an.

Die Vereinigung hat die Aufgabe, die Gemeinsamkeit unter ehemaligen Abgeordneten zu pflegen sowie die Verbindung ihrer Mitglieder zum Landtag von Nordrhein-Westfalen und seinen Abgeordneten zu organisieren und zu pflegen. Des Weiteren soll sie mit der Erfahrung ihrer Mitglieder zur Stärkung und Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratie und der bundesstaatlichen Ordnung im Lande Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland beitragen.

Hierzu werden Vortragsveranstaltungen zu wichtigen Problemen und Fragen organisiert, um die Mitglieder der Vereinigung weiterhin über das aktuelle Geschehen im Landtag und die dort behandelten politischen Probleme zu unterrichten. Da viele Mitglieder in ihren Parteigremien vor Ort fest verwurzelt sind und gute Kontakte zu den aktiven Wahlkreisabgeordneten bestehen, nutzt die jahre- und jahrzehntelange Erfahrung der aktiven Landespolitik.

Die Vereinigung wird von einem Vorstand geführt, dem der ehemalige Landtagspräsident Ulrich Schmidt als Vorsitzender angehört sowie Hermann Kampmann und der ehemalige Landtagsvizepräsident Edgar Moron als 1. und 2. stellvertretender Vorsitzender, Horst Sommerfeld als Geschäftsführer, Heinz Hardt als Schatzmeister sowie sieben Beisitzer.

Andrea Glende

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdB (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdB (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdB (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdB (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 30. März – 12. April 2011

30.3. Bell, Dietmar (SPD)	50
1.4. Weisbrich, Christian (CDU)	69
3.4. Michalowsky, Ralf (Linke)	61
5.4. Dr. Romberg, Stefan (FDP)	42
8.4. Kuhmichel, Manfred (CDU)	68
9.4. Kuschke, Wolfram (SPD)	61
11.4. Wirtz, Josef (CDU)	61
11.4. Milz, Andrea (CDU)	48

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

7.4. Mohr, Paul (CDU)	75
-----------------------	----

Verstorben

- 3.3. Schlotmann, Wolfgang (CDU),
MdL 1985-1989
- 4.3. Klaer, Werner (SPD),
MdL 1970-1975
- 13.3. Schröder, Toni (CDU),
MdL 1980-1990

Kunst im Landtag

Nicht nur politisch gibt der Landtag den Ton an. In diesem Jahr stellt er bei der „Nacht der Museen“ am 2. April 2011 unter dem Motto „Hier spielt die Musik“ einige seiner verborgenen Kunstschätze vor. Farben und Formen werden dabei in Klänge umgesetzt. Darüber hinaus gibt es von 19.30 bis 0.30 Uhr regelmäßig politische Informationen wie auch Erläuterungen zu den Kunstwerken.

Treffen & Termine

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz: Rita Klöpfer, CDU) des Landtags hilft. Eine auswärtige Sprechstunde findet am 11. April 2011 von 14 Uhr bis 18 Uhr in der Kreisverwaltung Viersen, Rathausmarkt 3, 41747 Viersen, statt. Anmeldung bitte ab 4. April jeweils von 10 bis 15 Uhr unter der Sondertelefonnummer (0211) 884-4333.

Nächstes Plenum 13.-15. April 2011. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 13. April 2011.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 30. März 2011 um 8 Uhr zum Frühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Landtag Nordrhein-Westfalen

Das Haus der Bürgerinnen und Bürger

Das Wandern ...

... ist des Landtags Lust! Zumindest wenn es um die neue Auflage der Wanderausstellung geht. Mit ihr ziehen die fünf Mitglieder des Präsidiums in den kommenden Monaten wieder quer durch Nordrhein-Westfalen. Auf insgesamt 18 Tafeln stellen sie dabei die spannende Arbeit des Landtags vor und laden die Menschen dazu ein, einmal selbst das Parlament am Düsseldorfer Rheinufer zu besuchen. Wie entsteht ein Gesetz, wer sind die jüngsten Abgeordneten der Legislaturperiode und was macht eigentlich der Landtagspräsident? Auf all diese Fragen gibt die mobile Ausstellung Antworten. Eine Erstauflage ihrer Art gab es bereits im vergangenen Jahr. Nach der Landtagswahl mussten die Tafeln nun aktualisiert werden.

Foto: Schälte